für M u s t e r m a n , Max

c/o Musterstraße [3

[ 12345 ] zu Musterort

Deutschland als Ganzes

Frank-Walter S t e i n m e i e r

in seiner Funktion als Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

Spreeweg 1

10557 Berlin

Fax: [ +49 30 1810200 1999 ]

4. F e b r u a r 2 0 2 2

Sehr geehrter Frank-Walter S t e i n m e i e r,

die Natürliche Person M u s t e r m a n , Max (bitte anpassen) als Bundesstaatsangehöriger des Königreich Preußen (bitte anpassen) im Rechtskreis von 1913, als Souverän - mit der Bestätigung durch eine Staatsangehörigkeitsurkunde der Bundesrepublik Deutschland - weist die Person Walter Steinmeier als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland an, dieses Schreiben an alle Ministerpräsidenten der einzelnen Bundesländer und die fünf Alliierten - Vereinigte Staaten von Amerika als Hauptalliierter, an das Vereinigte Königreich von Großbritannien, an Frankreich, an die Russische Föderation und an China sowie an den Europarat Council of Europe Treaty Office und die UN in Bonn - weiter zu leiten.

Wir, die Indigenatsdeutschen, müssen Ihnen, Herr Bundespräsident, nicht erklären, daß das Deutsche Reich im Rechtsstand von 1913 ein besetztes Land in der Treuhand der drei Mächte / UNO ist. In dem besetzten Gebiet gelten die von den Alliierten - nach dem Waffenstillstandsbruch von 1939 - im Jahr 1944 / 1945 festgelegten SHAEF-Gesetze. In einem besetzten Staatsgebiet, wie dem Deutschen Reich im Rechtsstand von 1913 gilt die Haager Landkriegsordnung von 1907 - 1910 (HLKO - Staatsverträge). Dies hat das Bundespräsidialamt am 09. März 2015 durch Prof. Dr. Stefan Pieper schriftlich bestätigt. Dort werden die Staatsangehörigen des Deutschen Reiches im Rechtsstand von 1913 von vielen Maßnahmen ausgenommen; sie besitzen besondere Rechte.

Es wird auf den Artikel 159 der Hessischen Landesverfassung, auf verschiedene Artikel des Grundgesetzes wie z.B. Besatzungskosten und den noch gültigen Artikel 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages (BGBl. 1955 II S. 405) in der Vereinbarung vom 27./28. September 1990 zu dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (in der geänderten Fassung) sowie zu dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung (in der geänderten Fassung) (BGBl. 1990 II S. 1386) unter Ziffer 3 unter anderem aufgeführten Artikel 2

Abs. 1, hingewiesen.

Ferner wird darauf verwiesen, daß der Friedensvertrag zum ersten Weltkrieg im Jahr 2017 vom Souverän mit den jeweiligen Reststaatlichkeiten der drei Mächte eingeleitet wurde. Im Jahr 2018 hatte der damals amtierende Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, den Friedensvertrag zum Ersten Weltkrieg weltöffentlich zugesagt. Damit ist der Artikel 79 Abs. 1 Grundgesetz ausgelöst. Die drei Mächte und die UNO stehen hier in besonderer Verantwortung, um als Treuhänder Schaden von den deutschen Völkern fernzuhalten.

Hiermit untersagen alle Unterzeichner, festgestellte Deutsche gemäß Abstammung „ius sanguinis“ in der geographischen Region Deutschland und den Grenzen des Deutschen Reichs von 1914, eine Impfpflicht einzuführen. Außerdem sind sämtliche Diskriminierungen von Geimpften oder nicht Geimpften, Maskenzwang und Testungen sofort einzustellen. Fordern Sie als höchste Instanz der Deutschen Bundesrepublik sämtliche Medien (Presse, Radio, TV …) auf, ab sofort wahrheitsgemäß zu berichten. Diese Rechte Dritter werden sofort und unverhandelbar geltend gemacht.

Auf dem Hintergrund schrecklicher Menschenrechtsverletzungen im Laufe unserer deutschen Geschichte, ist es dringend geboten, die Freiheit der körperlichen Unversehrtheit eines jeden einzelnen Menschen zu gewährleisten und zu bewahren. Ein 'Staat' *[sic]* hat nicht über die Person in den Körper eines Menschen einzugreifen, denn alle Menschen sind VOR dem Gesetz gleich. Weder Sie als Bundespräsident noch andere Politiker stehen über dem Menschen.

Menschen sind geistig sittliche Lebewesen und keine Objekte (Urteil BverfG, 1BvR, 357/05) oder Sklaven eines faschistoiden Systems, weswegen eben die Alliierten für eine Übergangszeit das Grundgesetz schufen, um mit dem Grundgesetzartikel 1 die Menschen vor übergriffigen Handlungen zu schützen.

***Zitat:*** „Die Ermächtigung der Streitkräfte, gemäß § 14 Abs. 3 des Luftsicherheitsgesetzes durch unmittelbare Einwirkung mit Waffengewalt ein Luftfahrzeug abzuschießen, das gegen das Leben von Menschen eingesetzt werden soll, ist mit

dem Recht auf Leben nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG in Verbindung mit der Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG nicht vereinbar, soweit davon tatunbeteiligte Menschen an Bord des Luftfahrzeugs betroffen werden.“

Sie haben Ihren wissenschaftlichen Bereich (z. B. das Robert-Koch-Institut) anzuweisen, diese sogenannten 'Viren' *[sic]* und ihre 'Mutanten' *[sic]* in isolierter Form nachzuweisen. Als besorgte Deutsche und Rechteträger des deutschen Bodens verfolgen die Unterzeichner die sogenannte Pandemie, unwissenschaftliche Prognosen, zweifelhafte Infektionszahlen, überzogene Maßnahmen und die tendenziösen Berichte des Robert-Koch-Institutes, welches aufgrund seiner Mitwirkung an den Geschehnissen in der national-sozialistischen Zeit mit einer fragwürdigen Integrität aufwartet.

**Dies wurde u.a. im sogenannten Masern-Prozess vor dem Bundesgerichtshof (Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 01.12.2016, Az. I ZR 62/16) mit Dr. Stefan Lanka festgestellt. Die Realexistenz des Masernvirus nach den verbindlichen Regeln der Wissenschaft (die Kochschen Postulate) konnte nicht durch Vorlage einer wissenschaftlichen Arbeit bewiesen werden; Dr. Stefan Lanka hat Recht behalten.**

**Es wird auf den Nürnberger Kodex (internationales Recht), hingewiesen. Alle an diesem Impf-Genexperiment (mit nachweislich hohen Nebenwirkungen und Todesfällen) Beteiligen sollten sich den daraus entstehenden Konsequenzen bewusst sein.**

Jeder, ausnahmslos jeder, ist in der Pflicht, sich ein ausreichendes Bild über die aktuelle Situation der fraglichen 'Pandemie' *[sic]* zu machen. Wissen ist eine Holschuld! Insbesondere für diejenigen, die von 'Amts wegen' *[sic]* eine Verantwortung für alle Bürger und Einwohner des Landes tragen.

Jedwede Pflicht oder Zwang einem Menschen gegen seinen Willen Substanzen - schädigend oder nicht - in den Körper einzubringen, stellt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar und wird verfolgt, veröffentlicht und in Verantwortung/Haftung gestellt. Aus diesem Grunde werden Sie beauftragt, den Körper und den Geist eine jeden einzelnen Menschen, der lebenden Substanz, bei eintretenden Impfschäden zu versichern und diese Versicherungspolice allen Menschen öffentlich bekannt zu geben und zur Verfügung zu stellen. Geben Sie die Deckungssumme öffentlich bekannt, die durch eine Impfung des menschlichen Wesens (Natürliche Person) zu Schaden kommen. Eine Person (Objekt/Papier) kann nicht für sich selber haften, das kann nur das lebende Wesen!

Die Menschen in Deutschland und die 'wohnhaften Personen' in der Bundesrepublik Deutschland haben Ihre Täuschungen satt. Das deutsche Recht missbilligt täuschendes Verhalten und stellt es unter bestimmten Voraussetzungen sogar unter Strafe. Wir Deutschen sind dafür, daß diese Strafe grundsätzlich für ALLE gilt und angewendet wird.

Hochachtungsvoll ohne Entehrung

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_  
M u s t e r m a n , Max

**Verteiler an:**

**UN** Zentrale in New York, [Fax 001-21 29 63 48 79]

**UN** Campus, **Leiter des Büro Herr Arne Molfenter**, [Fax: 0228-815.2777]

**Europarat: Präsident Charles Michel**, Dir. of Legal Advice & Public International Law, [Fax +33 (0)38841.2754]

**Botschaften:**

* der Vereinigten Staaten von Amerika, **Botschafter Clark Price**, [Fax 030-830510.50]
* der Russischen Föderation, **Botschafter Sergej J. Netschajew**, [Fax 030-22993.97]
* von Frankreich, **Botschafter Maurice Jacques Jean-Marie Gourdault-Montagne**, [Fax 030-590039.110]
* des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, **Botschafterin Jill Gallard**, [Fax 030-20457.573]
* der Volksrepublik China, **Botschafter Wu Ken**, [Fax: 030-27588.221]

**Bundeskanzleramt** [Fax 030-18400.2357] und an alle Ministerien der Bundesländer,

Fiskalat, **Hans Baumgartner**, Leiter Geschäftsstelle München, Abt. SHAEF-52, [Fax 089-7624.1120]

**Deutscher Ethikrat**, Geschäftsstelle Berlin, [Fax 030-20370.252]